

Reinhold R. Grimm (Jena)
Präsident des Allgemeinen Fakultätentages
Vorsitzender des Philosophischen Fakultätentages

Konrad-Adenauer-Stiftung
Bonn, 24. Juni 2002

Die Geisteswissenschaften im Gefüge der Universität

Geisteswissenschaften und Universitätsreform

Unbestreitbar haben die Geisteswissenschaften zur Zeit die immer noch schlechteste Presse unter allen Fächerkulturen der deutschen Universitäten. Dies scheint nicht nur für die breitere Öffentlichkeit, sondern auch für die maßgebenden hochschulpolitischen Zirkel, die Hochschulleitungen und viele Bundes- und Länderministerien zu gelten. Der von einem kleinen Meinungskartell und wenigen Stichwortgebern organisierte hochschulpolitische Diskurs wird von Schlagworten wie Effizienz, Anwendungs- und Leistungsorientierung bestimmt, die den Geisteswissenschaften erhebliche Schwierigkeiten machen. Die Zeiten liegen lange zurück, in denen die Geisteswissenschaften, den expandierenden Natur- und Ingenieurwissenschaften im öffentlichen Ansehen durchaus gleichwertig, zum Glanz deutscher Universitäten beigetragen haben, in Berlin ebenso wie in Greifswald oder Tübingen. Dies galt übrigens gerade für solche Hochschulen, die nun eifrig dabei sind, ihr Profil zu verbessern und in neue Modefächer umzusteigen, die attraktive Studentenzahlen oder doch wenigstens unmittelbare Anwendbarkeit versprechen. Es scheint kaum glaublich, dass einmal ein Präsident der (damals noch) (West)deutschen Rektorenkonferenz (ein Chemiker übrigens) in den Medien erklärte, ein Kulturstaat leiste sich seine Geisteswissenschaften, weil er sonst mittelfristig Gefahr laufe, seine kulturelle Substanz zu verlieren.

Ein ehemaliger Ministerpräsident, der allerdings inzwischen umgedacht zu haben scheint, sprach schon vor Jahren abschätzig von „Diskussionswissenschaften“ und prangerte damit die vermeintliche oder wirkliche Ineffizienz, vielleicht auch das „Störpotential“ der Geisteswissenschaften an. Vom vielfältigen Spektrum ihrer Fächer ist in der breiteren Öffentlichkeit wenig bekannt, obwohl es von der Anglistik bis zur Kaukasistik, von der Ägyptologie bis zur Zeitgeschichte, von der Indogermanistik bis zur Sinologie reicht. Gleiches gilt von der Diversität und Ausdifferenziert-

heit geisteswissenschaftlicher Disziplinen und von den innovativen Potentialen ihrer Fächerkulturen. Als Vorsitzender des Philosophischen Fakultätentages, der hochschulpolitischen Vertretung der Geistes- und Kulturwissenschaften an den deutschen Universitäten, wird man in durchaus honorigen Gremien von Vertretern anderer universitärer Fächerkulturen gelegentlich erstaunt gefragt, ob es außer der Philosophie noch andere Fächer gebe, die in den "philosophischen" Fakultäten und Fachbereichen betrieben würden. Oder man wird mit dem gegenläufigen Vorwurf konfrontiert, die vielen "kleinen" Fächer seien doch wirklich nicht zwingend notwendig. (Man wagt schon gar nicht mehr, darauf hinzuweisen, dass diese akademischen Kuriositäten vergleichsweise ungewöhnlich „billig“ sind.) Gelten die „kleinen“ Fächer als überflüssig, wird den „großen“ Fächer vorgeworfen, sie seien schlecht organisiert, ineffektiv und anwendungsresistent. Auf der einen Seite werden die Geisteswissenschaften häufig abschätzig als ineffektive und unrentable Diskussionswissenschaften eingestuft. Auf der anderen Seite wird allerdings geisteswissenschaftliche Kompetenz überhastet und hektisch zur Hilfe gerufen, wenn eilige Politikberatung benötigt wird. So haben derzeit Disziplinen wie die Orientalistik oder die Islamwissenschaft Konjunktur, die sonst kaum Beachtung finden und denen man eben noch ohne Zögern Stellen gestrichen hat. Im Rahmen der gerade begonnenen Debatte über die Ergebnisse der Pisa-Studie deutet sich ähnlich Überstürztes bereits an.

Die Liste der Gravamina, die sich durchaus lamentierend verlängern ließe, reichen von den für die Geisteswissenschaften besonders misslichen Folgen der aktuellen Hochschulreformen über die neu in die Diskussion geratenen Lehrerstudiengänge bis zur gefährdeten Rolle des Deutschen nicht nur als Wissenschaftssprache, sondern auch als „Bildungssprache“. Den Geisteswissenschaften droht die schleichende Entwertung durch manche Aspekte der derzeitigen grundlegenden Veränderungen der universitären Organisationsstrukturen und Mittelvergabe; diese sind nämlich ganz von den Interessen der technischen und naturwissenschaftlichen Fächer bestimmt. Schlagworte wie Konkurrenz, Effektivität, Leistung, Berufsbezogenheit, Internationalität und Kooperation mit der Wirtschaft scheinen für Fächerkulturen wenig aussagekräftig zu sein, denen nachgesagt wird, sie verharren in einer vergangenheitsorientierten, konservativen Grundhaltung.

Als Angehöriger einer Generation, die in den Jahren nach 1968 zu schnell den Begriff (und manchmal vielleicht auch die Sache) der Bildung aufgegeben hat, statt ihn „umzubesetzen“ und neu zu definieren, empfinde ich eine gewisse Skepsis, wenn im politischen Diskurs, schon vor der Pisa-Studie, der Begriff „Bildung“ wieder Mode wird. Es bleibt der Verdacht, dass zwischen „Bildung“ und „Ausbildung“ kaum mehr unterschieden wird. Im schärfer werdenden zwischenuniversitären und inneruniversitären Verteilungskampf um die eher geringer werdenden Ressourcen scheinen die Geisteswissenschaften schlecht positioniert zu sein, wenn Qualitätskriterien verkommen und „Einschaltquoten“ verbreitet als Qualitätsmaßstab gelten. Das jüngste Tübinger Beispiel zeigt, dass sich auch innerhalb alter Universitäten, die ihren Ruf ursprünglich den Geisteswissenschaften verdanken, die Gewichte gänzlich verschoben haben und Hochschulleitungen entschieden andere Prioritäten setzen. Man könnte auch auf die neuesten Programme zur Lehrerausbildung in Nordrhein-Westfalen verweisen, wo der endlich erkannte, schon lange sich anbahnende und vorhersehbare Lehrermangel unter dem Druck der Landesfinanzen paradoxerweise zu einem Abbau der wissenschaftlichen Anteile in der Lehrerausbildung zu führen scheint.

So ist es verständlich, wenn Geisteswissenschaftler auf diese missliche Situation üblicherweise und nicht ganz unbegründet mit Klagerufen, wenn nicht gleich mit undifferenziertem Kulturpessimismus reagieren. Sie vermuten technokratische Verschwörungen und (nicht immer zu Unrecht) Inkompetenz bei Hochschulleitungen, Hochschulpolitikern und Ministerien und verweisen darauf, dass bemerkenswerte Reformschübe in ihren Disziplinen (zum Beispiel die Einführung der von der Europapolitik geforderten gestuften BA/MA-Studiengänge) in der Öffentlichkeit kaum Beachtung finden. Die Geisteswissenschaften sind aber gewiss nicht das intendierte Opfer einer technokratischen Hochschulreform, vielmehr sind sie in die Zange mehrerer Entwicklungen geraten. Der angestrebten Studienzeiterkürzung steht die statistisch lange Verweildauer ihrer Studierenden entgegen. Die unmittelbare Effizienz und Anwendungsrelevanz, die anderen Fächerkulturen (vielleicht zu Unrecht) unterstellt wird, können sie nicht bieten. Von wenigen Bereichen wie der Schule abgesehen, transportieren sie kein klares Berufsbild und haben deshalb keine außeruniversitäre Unterstützung. Ihre internationale (oder doch europäische) Verflechtung ist nicht immer so evident wie in anderen Bereichen. Dem Modell der Teamarbeit, das

inzwischen das öffentliche Bild der Wissenschaften prägt, entsprechen sie nur in seltenen Fällen. Sie spielen deshalb in der Drittmittelinwerbung, die mehr und mehr als entscheidendes Kriterium für wissenschaftlichen Erfolg gilt, eine nur geringe Rolle. Insgesamt scheinen sie den Leitbegriffen moderner Hochschulpolitik – Konkurrenz, Effektivität, Leistung, Berufsbezogenheit, Internationalität und Kooperation mit der Wirtschaft – nicht zu entsprechen.

Immerhin: Eine Gegenbewegung deutet sich an. Auch wenn zu befürchten ist, dass es zunächst bei einer nur kompensierenden Korrektur der Gesamtentwicklung bleibt. Sogar die Hochschulrektorenkonferenz beschäftigte sich auf ihrer letzten Sitzung mit der Situation der Geisteswissenschaften. Die Konrad-Adenauer-Stiftung veranstaltet ihre längst geplante Tagung mit einem auffällig veränderten Titel, der auf die Grundsätzlichkeit der Fragestellung verweist. Möglicherweise lässt sich jetzt eine Grundsatzdiskussion über die Leistung der Geisteswissenschaften für die entstehende Wissensgesellschaft, aber auch über Leistungskriterien für Geisteswissenschaften anstoßen. Versteht man Bildung nicht nur verkürzt als Ausbildung, sind die Geisteswissenschaften durchaus nicht nur für die Schule und die Medien berufsrelevant; sie vermitteln Kompetenzen, die in der Lerngesellschaft dringend erforderlich sind. Information muss durch Wissen, Wissen durch Bildung ergänzt werden. Die angestrebte und notwendige Studienzeitverkürzung lässt sich auch in ihren Studiengängen sachgemäß erzielen, wenn die richtigen Kriterien angelegt werden. Von Mannheim bis Greifswald gibt es überzeugende Modelle für neu konzipierte und inhaltlich reformierte Studiengänge. Die interdisziplinäre Verflechtung ist in den Geisteswissenschaften weit fortgeschritten. Für Internationalisierung gibt es auch geisteswissenschaftliche Modelle von der Linguistik bis zur Religionswissenschaft. Und für den entstehenden europäischen Hochschulraum sind die Geisteswissenschaften in vieler Hinsicht Vorreiter, unentbehrlich ohnehin.

Lassen Sie mich zunächst einige notwendige Rahmenbedingungen für die überfällige Neubewertung der Geisteswissenschaften im Gefüge der Universitäten aufzählen, Voraussetzungen, die von der Hochschulpolitik zu gewährleisten oder wieder herzustellen sind. Danach möchte ich mit einigen Vorschlägen die Geisteswissenschaften und ihre Vertreter auffordern, ihre allzu bequeme Klagemauer zu verlassen.

Notwendige Rahmenbedingungen für die Geisteswissenschaften

Die hochschulpolitischen Rahmenbedingungen für die Geisteswissenschaften bedürfen deutlich der Verbesserung. Ich gehe auf drei Punkte ein und wende mich zunächst dem Problemkreis Studienzugang und Studienvoraussetzungen zu. Bekanntlich verdanken die Geisteswissenschaften ihr schlechtes Image keineswegs einem mangelnden Zuspruch von Studierenden. Dies gilt nicht nur für die „großen“, sondern durchaus auch für die „kleinen“ Fächer. Allerdings werden den Geisteswissenschaften die hohen Abbrecherzahlen und die zu lange Verweildauer ihrer Studierenden zum Vorwurf gemacht. So berechtigt die Klage über diesen Misstand sein mag, so eigenartig klingt sie im Munde von Hochschulpolitikern, die den geisteswissenschaftlichen Disziplinen, von wenigen Ausnahmen abgesehen (der Kunstgeschichte etwa), Zulassungsbeschränkungen und Eignungsprüfungen oder doch wenigstens Mittel und Ausstattung für Propädeutika verweigert haben. Unbestreitbar sind heutige Studienanfänger, zumal wenn es für die Hochschulen keine Auswahlmöglichkeit gibt, meist nicht hinreichend vorbereitet; auch fehlen ihnen oft wesentliche (fremd)sprachliche Studienvoraussetzungen. Wenn Eignungsprüfungen verweigert werden, müssen diese Mängel in den ersten Semestern ausgeglichen werden. Eine Möglichkeit sehe ich in den neuen gestuften Studiengängen, unter der Bedingung, dass nach dem ersten Studienabschnitt, der zum Bakkalaureus führt, eine strenge Auslese nach Leistungskriterien erfolgt.

Als zweiten Problemkreis nenne ich wichtige Veränderungen der Hochschulorganisation, die zusammen mit der fortschreitenden „Ökonomisierung“ vieler universitärer Fächerkulturen erhebliche Nachteile für die Geisteswissenschaften mit sich bringen dürfte. Die wohl unvermeidbare Professionalisierung der Hochschulleitungen hat nämlich zur Folge, dass die neuen "starken" Rektoren und Präsidenten (von den Hochschulräten ganz zu schweigen) glauben, sich im entstehenden zwischenuniversitären und inneruniversitären Verteilungskampf um die eher geringer werdenden Ressourcen an kurzfristigen und scheinbar einleuchtenden Maßstäben orientieren zu müssen. Ein nachgefragter modischer Medien- oder Informatikstudiengang schlägt dabei allemal kleine geisteswissenschaftliche Fächer wie Kaukasistik oder Alte Geschichte. Die Quantitäten bestimmen die Qualitätsmaßstäbe. Auch die größeren Fächer verfügen nicht über genügend gesellschaftliche Unterstützung, um im inneruniversitären Machtkampf konkurrieren zu können. Mit der neuen Personalstruktur

und der vorgeblich leistungsgerechten Besoldung dürfte sich die Situation noch verschärfen. Die Hochschulleitungen werden ihre finanziellen Spielräume für Leistungszulagen und Ausstattung zur Anwerbung begehrter Spitzenkräfte in den Ingenieur- und Naturwissenschaften benötigen, für geisteswissenschaftliche Berufungen werden kaum Mittel übrig bleiben. Man darf mit Sicherheit annehmen, dass in der Regel nur die Grundgehälter der neuen W-Besoldung und bescheidene Ausstattungen geboten werden. Damit würden die Geisteswissenschaften definitiv an den Rand der Universitäten gedrückt werden. Gegen eine solche (voraussehbare) Entwicklung hilft der gute Willen allein nicht, vielmehr ist ein institutioneller Ausgleich an den Universitäten notwendig, der solche Nachteile für die Geisteswissenschaften ausschließt. Damit meine ich im übrigen nicht eine neue Form von „Besitzstandswahrung“ oder dergleichen, sondern in erster Linie die Entwicklung von Leistungskriterien, die diesen Fächerkulturen angemessen sind.

Besonders negativ wirkt es sich auf die geisteswissenschaftlichen Fächer aus, dass ohne Rücksicht auf die Ausdifferenzierung der Fächerkulturen ein einheitliches hochschulpolitisches Modell über die ganze Universität gestülpt wird. Der wissenschaftliche Qualifikationsweg wird durch die Einführung der Juniorprofessur und die faktische Abschaffung der Habilitation einseitig an den wirklichen oder vermeintlichen Erfordernissen der Ingenieur- und der experimentellen Naturwissenschaften ausgerichtet. In diesen Bereichen mag die Habilitation in der Tat ein in der bisherigen Form von der Entwicklung überholter Qualifikationsweg für künftige Hochschullehrer sein. Aber gerade in den Geisteswissenschaften (und einigen anderen Fächerkulturen) entspricht sie durchaus den sachlichen Erfordernissen. Ihre im neuen Hochschulrahmengesetz indirekt erzwungene Abschaffung wird andere als die angestrebten Folgen haben. Zusammen mit der bisher vorgesehenen Ausgestaltung der Juniorprofessur ist zu befürchten, dass die notwendige Breite einer geisteswissenschaftlichen Qualifikation, die des zweiten Buchs oder einer breiten Palette von Aufsätzen und Publikationen bedarf, verloren geht. Natürlich ist es dringend notwendig, alternative Wege zum Beruf des Hochschullehrers zuzulassen, gleichwohl ist nicht einzusehen, warum ein anderen Fächerkulturen „abgelesenes“ Modell normbildend für die Geisteswissenschaften sein sollte.

Geradezu verhängnisvolle Änderungen in der Forschungsförderung verallgemeinern Entwicklungen und Notwendigkeiten der Natur- und Ingenieurwissenschaften, werden aber ganz unsinnigerweise auf alle Fächerkulturen und so auch auf die Geisteswissenschaften übertragen. In der Deutschen Forschungsgemeinschaft scheint zur Zeit jedes Verständnis für geisteswissenschaftliche Belange geradezu verweigert zu werden. Ich denke natürlich an die geänderten Rahmenbedingungen der Publikationsförderung, die von der DFG immer noch als Fortschritt „verkauft“ werden, obwohl auch die überarbeitete Fassung nur unwesentliche Verbesserungen gebracht hat. Die fast vollständige Abschaffung von nicht projektgebundenen Druckkostenzuschüssen für die Publikation von Monographien (darunter auch Habilitationsschriften), Sammelbänden und hervorragenden Dissertationen trifft besonders die Geistes- und Kulturwissenschaften. Ihre Ergebnisse müssen nämlich – anders als in den Natur- und Ingenieurwissenschaften oder in der Medizin – in größeren Darstellungszusammenhängen erarbeitet und der wissenschaftlichen Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden; Zeitschriftenaufsätze und kürzere Abhandlungen, die in den Natur- und Technikwissenschaften überwiegen, sind hier nur für die Klärung von Detailfragen ausreichend. Wie die Wissenschaftsgeschichte der geistes- und kulturwissenschaftlichen Disziplinen beweist, gehören größere Buchpublikationen wesentlich zu ihrer Wissenschaftskultur und repräsentieren die deutsche Wissenschaft auch im Ausland. Der finanzielle Aufwand für die Drucklegung geistes- und kulturwissenschaftlicher Publikationen übersteigt bei weitem die Finanzkraft der Autorinnen und Autoren, die sich häufig noch in ihrer Qualifikationsphase befinden. Außerdem können sie auf keine Industrieförderung zurückgreifen, da ihre Ergebnisse zumeist nicht direkt in Wirtschaftsprozessen verwertbar sind. Im Vergleich zu den Leistungen im natur- und technikwissenschaftlichen Bereich stellen die Zuwendungen für die Geistes- und Sozialwissenschaften ohnehin nur etwa 15% des Gesamtfördervolumens der Deutschen Forschungsgemeinschaft dar. Die Umstellung auf Projektförderung entspricht in der Regel nicht den Arbeits- und Forschungsprozessen geistes- und sozialwissenschaftlicher Fächer, auch wenn die Umstellung ihrer Arbeitsformen eine sinnvolle Forderung an künftige geisteswissenschaftliche Forschung sein mag.

Hochschulpolitische Forderungen an die Geisteswissenschaften

Es kann freilich nicht bei der Forderung nach Änderungen beim Studienzugang, bei der Kritik an der neuen Universitätsorganisation und der vorgeblich leistungsbezo-

genen Personalstruktur, beim Protest gegen eine unsachgemäße Forschungsförderung bleiben. Die Geisteswissenschaften tragen bekanntlich selbst erheblich dazu bei, dass sie, von wenigen Ausnahmen abgesehen, in der (universitären) Öffentlichkeit zu wenig wahrgenommen werden. Dabei könnten sie, richtig verstanden, vielen Leitforderungen der derzeitigen hochschulpolitischen Debatte durchaus entsprechen. Wenn Bildung nicht nur verkürzt als Ausbildung verstanden wird, sind die Geisteswissenschaften durchaus nicht nur für die Schule und die Medien berufsrelevant; sie vermitteln Kompetenzen, die in der immer neu beschworenen Lerngesellschaft dringend erforderlich sind. Die angestrebte Studienzeiterkürzung lässt sich auch in geisteswissenschaftlichen Studiengängen sachgemäß erzielen, wenn die richtigen Kriterien angelegt werden, wofür es überzeugende Modelle gibt, die viel zu wenig Beachtung finden. Die Geisteswissenschaften geben zu wenig bekannt, was sie leisten, und wissen es wohl auch zuweilen gar nicht. „Berufsrelevant“ heißt freilich nicht „für einen bestimmten Beruf ausbildend“. Das tut übrigens auch sonst niemand an der Universität. Niemand würde über eine Brücke fahren oder gehen, die ein gerade graduerter Diplomingenieur gebaut hat. Breite Sachkompetenz, hermeneutische und rhetorische Fähigkeiten, geschultes historisches Verständnis, Sinn für fremde und auch nur andere Kulturen sind Qualitäten, die in der neuen Arbeitswelt dringend benötigt werden und hinter denen sich die Geisteswissenschaften nicht verstecken müssen.

Dazu ist es allerdings dringend erforderlich, dass die Geisteswissenschaften neue Studiengänge und vor allem Verknüpfungen von Studiengängen entwickeln, die den gewohnten Rahmen der Disziplinen sprengen. Auch für die Fächerstrukturen gilt, dass man Bewährtes nur erhalten kann, wenn man bereit ist, es zu verändern. Dazu gehört, dass die Geisteswissenschaften die Voraussetzungen (oder Nicht-Voraussetzungen) und die Berufsziele ihrer Studierenden zur Kenntnis nehmen. Gerade in einer Gesellschaft, zu der künftig lebenslanges Lernen ebenso wie wechselnde Berufsfelder gehören werden, ist „Bildung“, verstanden als „breite“ Kompetenz, geschulte Hermeneutik in ganz neuer Weise gefragt, Schlüsselkompetenzen, für die die Geisteswissenschaften durchaus zuständig sind. Ein ganzes Feld produktiver Möglichkeiten tut sich auf. Kleine Fächer müssen in viel rascherem Tempo, als dies bisher üblich war, auf neue Entwicklungen und Bedürfnisse eingehen. Große wie kleine Fächer müssen bereit sein, an neuen Studiengängen mitzuwirken. Dabei

sind überraschende Verbindungen, zum Beispiel von wirtschaftswissenschaftlichen, juristischen und geisteswissenschaftlichen Elementen (oder „Modulen“) wie in der „Interkulturellen Wirtschaftskommunikation“ durchaus willkommen.

Auch die Einführung gestufter Studiengänge mit einer ersten Phase, die zum Bakkalaureus und einer zweiten Phase, die zum Magister neuen Typs oder Master führt, gehört in diesen Zusammenhang. Warum soll es im Bereich der Geisteswissenschaften nicht möglich sein, dem Wunsch zahlreicher Studierender nachzukommen, die kein geisteswissenschaftliches „Vollstudium“ alter Art durchführen wollen, sondern sich damit begnügen, ihren Bildungshorizont zu erweitern und dann möglichst schnell eine berufliche Tätigkeit aufzunehmen. Das Bakkalaureus-Studium mag dann für die einen eine *Art studium generale*, meinetwegen auch eine *Art general studies* sein, für die anderen die Vorbereitung auf ein wissenschaftlich vertieftes Fachstudium. Dergleichen gab es immerhin schon im Mittelalter. Auch ein gewisses Maß von Verschulung scheint mir sachgemäß und unvermeidbar zu sein.

Dies gilt wohl auch für die Lehramtsstudiengänge, an denen im Augenblick besonders herumexperimentiert wird. Die Aufregung nach der Pisa-Studie wird diese Tendenz noch verstärken. Nur eine gründliche wissenschaftliche Lehrerausbildung kann verhindern, dass in der Sache uninformierte „Kommunikationskünstler“ produziert werden. Gewiss dürfen keine Standards über Bord geworfen werden, die im Interesse der Qualitätssicherung unverzichtbar sind. Im Vordergrund aller Reformbemühungen muss die Qualitätssicherung der Lehrerausbildung stehen. Deshalb ist die Vermittlung von umfassendem Fachwissen und einer vertieften erziehungswissenschaftlicher Kompetenz an die zukünftigen Lehrer und Lehrerinnen ebenso unentbehrlich wie die Beibehaltung des Zusammenhangs von Forschung und Lehre in den ausbildenden Universitätseinrichtungen. Ein Lehrer darf nicht nur etwas mehr wissen als die Auszubildenden. Er muss die fachlichen Hintergründe und Zusammenhänge kennen und diese in angemessenem Umfang auch vermitteln können. Auch in gestuften Studiengängen müssen deshalb sowohl in der ersten (Bachelor/Bakkalaureus) als auch in der zweiten Studienphase (Master/Magister) die fachwissenschaftlichen Studienteile im Vordergrund stehen. Es wäre verhängnisvoll, wenn man – wie mancherorts angeregt – die fachwissenschaftlichen Studieneinheiten nur auf den ersten Studienabschnitt konzentrierte und im zweiten Studienab-

schnitt vorwiegend erziehungswissenschaftliche und didaktische ›Module‹ vorsähe. Ein fachwissenschaftliches Kurzstudium bis zum Bakkalaureus würde allenfalls eine ›Vorstellung‹ von Fachwissenschaft und ein rudimentäres Überblickswissen ermöglichen, das in keiner Weise die für künftige Lehrer und Lehrerinnen notwendige Sachkompetenz und Methodenerfahrung vermittelt. Ebenso müssen erziehungswissenschaftliche Studieninhalte in beide Studienabschnitte integriert werden. Dies alles ist aber ein Grund mehr, Studiengänge zu entwickeln, in denen die verschiedenen Kompetenzbereiche künftiger Lehrer und Lehrerinnen angemessen berücksichtigt werden. Dies kann im übrigen auch bedeuten, dass von vertrauten Fächervorstellungen Abschied genommen werden muss.

In all dem liegt die Chance der Geisteswissenschaften, sich innerhalb der Universitäten neu zu positionieren. Ohne den Mut zu einer konsequenten Reform der Studieninhalte und der Studiengänge wird dies sicher nicht möglich sein. Die Vertiefung der Bildungskoooperation innerhalb der Europäischen Union wird auch die Situation der Geisteswissenschaften tiefgreifend verändern. Sie können im entstehenden europäischen Hochschulraum, wie er seit den Erklärungen von Bologna und den Folgekonferenzen in aller Munde ist, eine wichtige Rolle spielen. Die Notwendigkeit, sich noch mehr als bisher der europäischen Konkurrenz und Kompetitivität zu stellen, wird einen heilsamen Druck auf festgefahrene Vorstellungen ausüben und einen Anstoß zur inhaltlichen Reform geben. Gerade die Geisteswissenschaften sind eine Gewähr dafür, dass die haltlose Reduktion der europäischen Vielfalt auf ein vermeintlich angelsächsisches Weltbild sich nicht durchsetzen wird, das nicht nur vielen Politikern, sondern auch vielen Hochschulpolitikern vorzuschweben scheint, obwohl sie meist nur ein äußerst schlichtes Bild der amerikanischen Verhältnisse vor Augen haben. Dies beginnt mit der Propagierung eines elementaren Englisch als Unterrichts- und Publikationssprache für alle Fächerkulturen. Dass dies in manchen Bereichen der Natur- und Ingenieurwissenschaften sinnvoll und sachangemessen ist, bleibt unbestritten. Aber die Übertragung auf andere Fächerkulturen (wie die Geistes-, Kultur- und Teile der Sozialwissenschaften) ist ebenso absurd wie unsinnig. Dabei geht es nicht um konservatives Beharren auf Fächertraditionen, sondern um sachgemäße Entscheidungen. Wenn der Europäische Hochschulraum mit der geradezu ungeheuerlichen Reduktion des sprachlichen und fachsprachlichen Reichtums seiner Universitätstraditionen beginnt, wird er auch im internationalen Wettbewerb

keinen Erfolg haben. Hochschulleitungen, die dies ohne Rücksicht auf die Fächerkulturen betrieben, würden nicht (gewiss noch bestehende) Mobilitätshemmnisse für Studierende und Hochschullehrer und Hochschullehrerinnen beseitigen, sondern den durchaus konkurrenzfähigen Reichtum europäischer Hochschultraditionen irreparabel beschädigen.

Folgerungen

Die für die Geisteswissenschaften nachteiligen, zum Teil katastrophalen Folgen der Entwicklungen in der Hochschulpolitik und in den Organisationsformen der Universitäten lassen sich nur ausgleichen, wenn die Geisteswissenschaftler ihre wenig beeindruckende Klagemauer verlassen und die hochschulpolitischen Stichworte selbst aufgreifen, die zur Zeit die Szene besetzen. Nur dann können sie mit Aussicht auf Erfolg die Hochschulpolitiker darauf aufmerksam machen, dass sie mit ihren strukturellen Entscheidungen unbedacht erheblichen Schaden in wichtigen Fächerkulturen verursachen.

Es liegt mit anderen Worten auch an den Geisteswissenschaften selbst, welche Rolle sie im Gefüge der Universität spielen wollen. Sie müssen durch Reformfähigkeit und nachhaltiges Wirken im öffentlichen Raum nachweisen, dass sie bei Anwendung sachgerechter Kriterien in der Konkurrenz der Fächerkulturen mithalten, nicht weniger als andere universitäre Bereiche ihren Beitrag zur entstehenden, international verflochtenen, auf neu verstandene Leistung und Effizienz angewiesenen Wissensgesellschaft leisten können. Nur wenn es gelingt, dies in das öffentliche Bewusstsein zu bringen, werden die geisteswissenschaftlichen Disziplinen nicht mehr als Statisten gelten, deren universitären und öffentlichen Status man unter finanziellen Vorgaben beliebig verschieben kann. Dann wird auch wieder bewusst werden, dass eine Gesellschaft, und zumal die Wissensgesellschaft, nicht nur auf das Machbare, sondern auch auf Werte angewiesen bleibt, die ohne Kenntnis der Tradition und ohne kritische Auseinandersetzung mit der Tradition nicht denkbar sind. Weiterhin gilt, dass kurzfristiges Effizienzdenken nicht gegen mittel- und langfristige Wertsetzungen, Wertentscheidungen ausgespielt werden darf und dass (ökonomische) Effizienz, Qualitätsanforderungen und Steuerungswissen nicht ohne einen vernünftigen hermeneutischen Umgang mit der Tradition zu haben sind.